

BWK kritisiert scharf das Scheitern des Umweltgesetzbuches

Der Landesverband Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland des Bundes der Ingenieure für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Kulturbau (BWK) ist bestürzt über das Scheitern des Umweltgesetzbuches. Eine historische Chance zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Umweltrechtes wurde aufgrund parteipolitischer Profilierung verpasst. Jahrelang haben Fachleute aus allen Bundesländern mit hohem Aufwand an der Entwicklung des Umweltgesetzbuches gearbeitet. Es ist für den BWK nicht nachvollziehbar, dass in Zeiten, in denen der Europäische Rechtsrahmen immer mehr an Bedeutung gewinnt, Deutschland umweltrechtlich eine zersplitterte Landschaft bleibt.

Derzeit setzen Bund und Länder in einer Vielzahl eigener Fachgesetze unterschiedliche Qualitätskriterien und formale Verfahrensanforderungen beispielsweise im Abfall-, Bodenschutz- und Wasserrecht aber auch Naturschutzrecht. Nicht nur der zeitliche und damit finanzielle Aufwand für die Planung und Durchführung von Investitionsvorhaben würde durch eine Vereinheitlichung des Umweltrechtes erheblich sinken, auch die Überwachung durch die Behörden beispielsweise bei der Abfallverwertung könnte effizienter gestaltet werden. „Statt sich mit den rechtlichen Besonderheiten der Länderfachgesetze zu beschäftigen, könnte die Zeit besser zur Lösung technischer und umweltrelevanter Probleme genutzt werden“ so Joachim Kilian, Vorsitzender des BWK LV Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

Derzeit erfolgt europaweit die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, welche länderübergreifend den Zustand der Flüsse, Bäche und Seen sowie des Grundwassers verbessern soll. Der Abstimmungsbedarf über Verwaltungs- und nationale Grenzen ist enorm. Durch die unterschiedlichen Fachgesetze, den notwendigen Einzelgenehmigungen beispielsweise im Wasser- und Naturschutzrecht und insbesondere den Regelungen in den verschiedenen Bundesländern befürchtet der BWK, dass die vorgegebenen Fristen der Wasserrahmenrichtlinie nicht mehr oder nur mit enormen Kraftanstrengungen eingehalten werden können.

Der BWK warnt davor, dass nach dem vorläufigen Ende des Umweltgesetzbuches ein Wettlauf um die geringsten umweltrechtlichen Anforderungen zwischen den einzelnen Bundesländern einsetzen könnte. Jochim Kilian appelliert daher an die verantwortlichen Politiker sich Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst zu werden und trotz Wahljahr das Umweltgesetzbuch doch noch zu verabschieden.

Kontakt: Holger Densky - holger.densky@bwk-hrps.de